

# Unzureichende Expertise

**Windkraftanlagen im Hagener Süden.** Die Verantwortlichen der Stadt Hagen, die über die umstrittene Planung neuer Windkraftanlagen im Hagener Süden entscheiden, sollten aus diesem Ablauf zwei wichtige Lehren ziehen:

1. Die Renditeversprechen der Windkraftlobby sind sehr kritisch zu hinterfragen, denn für das „Verlust-

geschäft“ der Enervie im fernen Hunsrück steht die hochverschuldete Stadt Hagen als Anteilseigner mit gerade!

2. Enervie ist „Kooperationspartner“ bei den neuen Hagener Windkraftanlagen-Projekten – bei offensichtlich unternehmerisch unzureichender Expertise!

**Patrick Krützen**

Die  
Ihre  
Nar-  
nun  
sich  
Sch  
E-A  
Fax  
oder  
**Hag**  
**580**



WESTFALENPOST 09.01.2016

# Bürger können Stellung nehmen

Flächennutzungsplan: Windkraft-Konzentrationszone soll wegfallen



**Breckerfeld.** Die Konzentrationszone für Windkraftanlagen in Waldbauer-Benscheid soll aufgehoben werden. Die Unterlagen zur Änderung des Flächennutzungsplans liegen vom 18. Januar bis zum 18. Februar im Rathaus aus. Bürger sowie die Träger öffentlicher Belange können Stellungnahmen abgeben, über die die Stadtvertretung zu entscheiden hat.

Ende der 90er-Jahre hatte die Stadt ihr Stadtgebiet auf mögliche Konzentrationszonen untersuchen lassen. Nur in der Nähe der Ortschaft Benscheid ließ sich eine solche Zone für drei Windräder realisieren. Die Höhe der Windräder wurde auf 70 Meter begrenzt. Bis zum Jahr 2013 fand sich allerdings kein Investor.

Nachdem das Land NRW per Er-

lass alle Höhenbegrenzungen für Windräder aufhob und auch Windräder in Waldgebieten zuließ, gab die Stadtvertretung eine neue Untersuchung in Auftrag. Das Ergebnis, im Juni 2013 in den Gremien der Stadt vorgetragen, war unerwartet: Streusiedlungen, Wasserschutzzonen und Naturschutzaufgaben für seltene Großvogelarten und Fledermäuse ließen neue Konzentrationszonen überhaupt nicht zu. Allenfalls Einzelanlagen sollten an wenigen Stellen möglich sein. Die Fläche nahe Benscheid gehörte nicht dazu.

## Untersuchung auf Investoren-Kosten

Die möglichen Standorte müssten vor der Erteilung von Genehmigungen allerdings einzeln auf Kosten der Investoren nach den heute gelten-

den Kriterien untersucht werden. Fazit aus den Untersuchungen: Die bestehende Vorrangzone ist aufzuheben und der Flächennutzungsplan zu ändern. Einen entsprechenden Beschluss fasste die Stadtvertretung.

Im Rahmen des folgenden Genehmigungsverfahrens beanstandete die Bezirksregierung in Arnsberg, dass der eingereichte Umweltbericht nicht ausreichend sei. „Alle anderen Beteiligten am Planverfahren waren der Meinung, dass ein umfangreicher Umweltbericht nicht notwendig sei“, so Bürgermeister André Dahlhaus, „im betroffenen Bereich wird ja der Zustand mit der vorgesehenen Ausweisung ‚Fläche für die Landwirtschaft‘ einfach beibehalten.“ Ein Planungsbüro erstellte einen erweiterten Umweltbericht. OE